

# Wieder Abrüstungskonferenz

In aller Ausführlichkeit auf die kommende Preußenwahl ein und schreibt: Gerade Reichspräsident von Hindenburg, unbeeinträchtigt durch parteipolitische Bindungen und in seinem Innersten gewiß nicht der „Roten Fahne“ verpflichtet, mit der man gelegentlich für ihn demonstrierte, werde mindestens nach der Preußenwahl für die Notwendigkeit verständnis haben, dem Protest großer Teile der Nation, wie er sich auch jetzt wieder in dem Stimmengewinn für Hitler zeige, die staatspolitische Berücksichtigung nicht zu verweigern.

Die Reichspressen, die ausführlich, daß das Ergebnis des zweiten Wahlganges keine Überraschung gebracht habe, geht im wesentlichen auch auf die kommenden Landtagswahlen ein. Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet als innerpolitische Wirkung des Wahlausfalls, daß Hindenburg nun auch äußerlich, wie es seinem inneren Wesen entspreche, stärker als bisher als überparteilicher Reichspräsident erscheine.

Die „Vörsenzeitung“ nennt die starke Steigerung der Hitler-Stimmen einen Prestigeerfolg der nationalen Opposition, der nicht ohne Einfluß auf den 24. April und die gesamte Gestaltung der politischen Zukunft sein könne.

Die „Kreuzzeitung“ meint, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, wenn der Führer der Nationalsozialisten, dem Beispiel des „Eichhelm“ und der Deutschen Nationalen Volkspartei folgend, von Frontalangriff gegen das herrschende System abgesehen und seine Hauptkräfte auf die kommenden Landeswahlen konzentriert hätte. Aber, wie man auch denken wolle, der Erfolg war beim zweiten Wahlgang auf Seiten der Opposition.

Der „Vorwärts“ schreibt zum Wahlsieg Hindenburgs, geschlagen sei nicht nur der Faschismus, noch schwerer geschlagen sei die kommunistische Partei. Wenn es gelungen sei, ein Abgleiten der inneren Entwicklung Deutschlands auf die Bahn des Bürgerkrieges zu verhindern, so trage ein Hauptverdienst daran der Reichspräsident von Hindenburg selbst. Sein Entschluß, auf die wohlverdiente Ruhe des Alters zu verzichten, um das deutsche Volk vor neuen Katastrophen zu bewahren, habe ihm die Hochachtung und Dankbarkeit einer großen Mehrheit des deutschen Volkes eingetragen. Indem Hindenburg als verfassungstreuer Staatsoberhaupt die Rechte des Volkes schütze und respektiere, werde er auch dem arbeitenden Volke den Weg zum Wiederaufstieg offenhalten.

Die „Berliner Montagpost“ bezeichnet als das Hauptmerkmal der Reichspräsidentenwahl, daß die Kommunisten, offenbar einer Geheimparole ihrer Parteifunktionäre folgend, größtenteils für Hitler gestimmt hätten. Diese Wahl sei ein Befreiungsschritt, die Erfüllung von Fieberhalluzinationen gewesen. Was über diesen Tag hinaus bleibe, sei ein neuer gemeinsamer Wille zwischen Staatsvolk und Staatsführung.

Die Wiener Presse zur Wiederwahl Hindenburgs  
Wien, 11. April. Die Montagmorgenblätter geben ihrer Freude über die Wiederwahl Hindenburgs Ausdruck und stellen mit besonderer Genugtuung fest, daß er mit mehr als 700 000 Stimmen gegenüber dem 13. März gesiegt und daß er auch weit mehr als die absolute Mehrheit erhalten hat. Der an sich größere Stimmengewinn Hitlers sei zweifellos bemerkenswert, doch seien ihm wohl nach dem Verzicht Döberbergs hauptsächlich die Stimmen der Deutschenationalen und des Stahlhelms zugefallen.

Schlesien beglückwünscht den Reichspräsidenten  
Breslau, 11. April. Die Oberpräsidenten der Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien haben an den Herrn Reichspräsidenten ein Glückwunschtelegramm gerichtet, in dem es heißt: Das schlesische Volk hat sich gestern wiederum in seiner überwiegenden Mehrheit zu Ihnen bekannt, weil es in Ihrer Wiederwahl die beste Gewähr erblickt, für die Wahrung des deutschen Ansehens in der Welt, für die Erhaltung des Friedens im Innern und für die Rückkehr zu einer gesunden Wirtschaft, die Arbeit und Wohlfahrt verheißt.

Glückwunsch des Österreichischen Bundespräsidenten an Hindenburg  
Wien, 11. April. Bundespräsident Miklas hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg nachstehendes Telegramm gerichtet: Ich bitte Euer Erzellenz, zu der Wiederwahl zum Reichspräsidenten, durch welche das unerschütterliche Vertrauen, das die große Mehrheit des deutschen Volkes in Ihre ehrfurchtgebietende Person setzt, zu neuerlichem Ausdruck gelangte, meine aufrichtigsten und wärmsten Glückwünsche entgegenzunehmen zu wollen. Mit diesen verbinde ich den tiefempfundenen Wunsch für Ihr persönliches Wohlergehen und für eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes.

Drei Aufrufe Hitlers  
München, 11. April. In drei Aufrufen dankt Adolf Hitler seinen Parteigenossen, den SA- und SS-Leuten sowie Unterführern und den Leitern der Organisation und Propaganda der nationalsozialistischen Bewegung für die Opferwilligkeit im Wahlkampf, der „trotz Unterdrückungen und Verfolgungen der Partei einen neuen Sieg“ gebracht habe. Heute bereits beginne die Arbeit für die nächsten schweren Kämpfe.

## Die Hundertfäße der Kandidaten bei der Reichspräsidentenwahl

Berlin, 11. April. Nach eigenen Berechnungen gibt das vorläufige amtliche Ergebnis des zweiten Wahlganges zu den Reichspräsidentenwahlen folgendes Bild für die Anteile der einzelnen Kandidaten in Hundertfäßen: Hindenburg erhielt den Höchstteil an abgegebenen Stimmen wiederum im Wahlkreis Niederbayern (72 v. H.) am 13. März 69,9 v. H., den Niedrigsteil aber auf ihn entfallenden Stimmen wieder im Wahlkreis Westfalen mit 37 (39,1) v. H. Der Durchschnitt bei ihm betrug 53,0 (49,8) v. H. Den Höchstteil von Stimmen erhielt Hitler diesmal in Wommern mit 58 (37,4) v. H., während er beim ersten Wahlgang

Genf, 11. April. Nach dreiwöchiger Pause hat die Abrüstungskonferenz heute ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Vorkonferenzkomitee, das am Sonnabend in Genf eintraf, hatte Unterredungen mit Henderson und Drummond. Gestern nachmittag trafen die Vertreter der Bereinigten Staaten, Vorkonferenzkomitee, dem deutschen Delegierten einen Besuch ab. Heute nachmittag wird der Hauptauswahlschuss der Konferenz wieder zusammentreten. Als erster Redner wird Gibson sprechen. Wie man hört, beabsichtigt er in den Vordergrund seiner Ausführungen die Forderung nach Abschaffung der Offensivwaffen zu stellen. Diese Forderung spielt bekanntlich auch in den deutschen und italienischen Vorschlägen eine große Rolle. Weiter wird der deutsche Vorkonferenzkomitee sprechen.

Da es sich jetzt insbesondere um die Frage handelt, ob die Rüstungen zu begrenzen oder herabzusetzen sind, wird der deutsche Vertreter diese Gelegenheit benutzen, um mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß die Abrüstungskonferenz die Aufgabe hat, eine wirksame Herabsetzung der Rüstungen vorzunehmen.

Man erwartet heute nachmittag gleichfalls eine Rede des französischen Ministerpräsidenten Lardieu. Die kommende Woche wird mit den Verhandlungen des Hauptauswahlschusses ziemlich ausgefüllt sein.

In der Sitzung legte der amerikanische Vorkonferenzkomitee den Entwurf eines Entschlusses über die Klassifikation von Tanks, beweglichen schweren Geschützen und Giftgasen vor und begründete ihn eingehend mit der Notwendigkeit, zunächst einmal einen Ausgleich zu finden zwischen der Forderung nach Abrüstung und dem ebenso berechtigten, wenn auch logisch nicht zu begründenden Verlangen nach Sicherheit. Zu Beginn des Weltkrieges habe es sich gezeigt, daß die für unannehmbar gehaltenen Festungen, Märsche, Kanäle und Kanalarbeiten in rascher Folge durch bewegliche schwere Artillerie zerstört werden, während Drachterhöhen und Gräben mit Hilfe von Tanks und Giftgasen ziemlich leicht überannt werden könnten. Das Gefühl der Sicherheit werde erst wieder zurückkehren, wenn die Verteidigung wieder ihre frühere Überlegenheit über den Angriff erhalte. Der amerikanische Vorschlag verlange gewiß schwere Opfer, aber auch den USA, falls es nicht leicht, auf ihre Eisenbahngeschütze und auf ihre hochentwickelteste Panzerausrüstung zu verzichten.

Der englische Außenminister Sir John Simon begrüßte gleichfalls den amerikanischen Vorschlag. Der deutsche Delegierte Radolow erklärte, der amerikanische Vorschlag verdiene die volle

Aufmerksamkeit der Konferenz. Er stehe in vollem Einklang mit den von der deutschen Delegation vertretenen Ideen, wenn er auch weniger weit gehe als die deutschen Vorschläge. Demnach könne er von Deutschland nur als eine erste Etappe der Abrüstung und als ein erster Schritt im Sinne des Artikels 8 der Völkervereinbarung betrachtet werden. Das deutsche Volk sei sich darin einig, daß das Ergebnis der Konferenz nicht in einer Festlegung der Rüstungen auf ihren jetzigen Stand bestehen dürfe. Der deutsche Vertreter beantragte demgemäß, dem einseitigen Artikel des Konventionentwurfes entsprechend der Sitzung, d. h. im Sinne einer stärkeren Betonung des Abrüstungsgedankens, umzuarbeiten.

Vorkonferenzkomitee ließ keinen Zweifel darüber, daß ein Konferenzergebnis, das lediglich in der Vermittlung des amerikanischen Vorschlages bestünde, für Deutschland nicht annehmbar wäre.

Der französische Ministerpräsident Lardieu erklärte, der amerikanische Vorschlag habe das Interesse und die Sympathie Frankreichs, aber Frankreich halte ihn nicht für ausreichend, da er keine Kontrolle und keine Sanktionen vorsehe. Alle bisher eingebrachten Vorschläge, auch diejenigen Deutschlands und Frankreichs, müßten jetzt zur Diskussion gestellt werden.

Der amerikanische Vorkonferenzkomitee beschränkte sich auf die Erklärung, daß er den anderen Vätern in keiner Weise habe vorgezogen wollen; es wurde demgemäß beschlossen, daß das Bureau des Hauptauswahlschusses im Lichte der heutigen Aussprache Vorschläge für das weitere Verfahren machen soll.

## Die Vereinigten Staaten gegen Bomberflugzeuge und U-Boote

New York, 10. April. Der Washingtoner Korrespondent der „Newport Times“ will wissen, der amerikanische Delegierte auf der Abrüstungskonferenz, Gibson, werde nach Wiederannahme der Beratungen beantragen, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, im Kriegsfall keine Bomberflugzeuge zu verwenden, falls alle Mächte hierzu und zur Abschaffung der U-Boote bereit sind. Gibson werde als wünschenswert betrachten, alle Waffen offensiven Charakters wie Bomberflugzeuge, Tanks, schwere und bewegliche Artillerie, Giftgas und U-Boote, zu beschränken, zu vermindern oder zu begrenzen.

In Schleswig-Holstein keine meisten Stimmen erhielt (42,7). Den kleinsten Anteil hatte er wieder im Wahlkreis Rönne-Wachen 20 (17,2) v. H., Durchschnitt 36,9 (30,1) v. H. Bei Thälmann wurde wiederum der Höchstwert erreicht in Berlin mit 26 (29,2) v. H., der Niedrigste wieder in Franken mit 4 (5,9) v. H., Durchschnitt 10,2 (13,2) v. H.

Die Wahlbeteiligung war wie im ersten Wahlgang im Kreis Leipzig mit 90 (91,2) v. H. am höchsten, die niedrigste in Oppeln mit 77,5 (80,2) v. H., Durchschnitt der Wahlbeteiligung 83,6 (86,2) v. H.

## Kein Reichstag

Berlin, 11. April. Der Vorkonferenzrat des Reichstages beriet am Montagabend über den Wiederauftritt des Reichstages. Präsident Abbe schlug vor, jetzt noch keine Entscheidung darüber zu treffen, sondern den Vorkonferenzrat für den 26. oder 27. April von neuem einzuberufen. Staatssekretär Fänder teilte mit, daß die Vorarbeiten am Reichshaushalt und die außenpolitischen Verhandlungen noch nicht so weit gefördert seien, daß der Reichstag schon jetzt mit seinen Beratungen über diese Angelegenheiten beginnen könne. Demgegenüber verlangten die Kommunisten die Einberufung des Reichstages selbst schon für den 26. April. Dieser Forderung schlossen sich die Deutschenationalen und Nationalsozialisten an. Die übrigen Parteien, die die Mehrheit bilden, nahmen jedoch den Vorschlag des Präsidenten an.

## Die neuen Bankenzinsen

Berlin, 11. April. Der zentrale Kreditausschuss hat den Zinssatz für täglich fällige Gelder in provisorischer Rechnung auf höchstens 2,5 Prozent, den Zinssatz für täglich fällige Gelder in provisorischer Rechnung auf höchstens 3 Prozent festgesetzt. Für Kündigungsgelder mit einer Kündigungsfrist von weniger als zwei Monaten beträgt der Zinssatz höchstens 4,25 Prozent, sofern die Kündigungsfrist mindestens zwei Monate, aber weniger als drei Monate beträgt, höchstens 4,5 Prozent und bei einer Kündigungsfrist von drei Monaten bis zu einem Jahr höchstens 5 Prozent.

Für feste Gelder dürfen, sofern sie für einen Zeitraum von mindestens 31 und höchstens 61 Tagen heringekommen sind, höchstens 4,75 Prozent, bei einer Zeit von mindestens 62 und höchstens 91 höchstens 5 Prozent und von mindestens 92 und höchstens 364 Tagen 5,25 Prozent bezahlt werden. Die Beschlüsse treten sofort in Kraft.

## 18 Listen zur preussischen Landtagswahl

Berlin, 11. April. Die Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen für die preussische Landtagswahl ist jetzt abgelaufen. Beim preussischen Wahlleiter, dem Präsidenten des Preussischen Statistischen Landesamtes, sind insgesamt 18 Wahlvorschläge zur Neuwahl des Preussenparlamentes am 24. April eingegangen. Ob alle diese Vorschläge zugelassen werden und in welcher Reihenfolge sie auf dem Abstimmungschein erscheinen, steht noch nicht fest. Die Entscheidung darüber fällt der Landeswahlschuss, der unter dem Vorsitz des Landeswahlleiters am kommenden Mittwoch zusammentritt. Der Landeswahlschuss besteht außerdem aus Beisitzern, die von den sechs größten Parteien gestellt werden. Jede Gruppe, die bisher noch nicht im Landtag vertreten war, mußte in einem Wahlkreis 500 Unterschriften aufbringen, um einen Wahlvorschlag einreichen zu dürfen. Der Wahlleiter hatte dann zu prüfen, ob gegen diese Unterschriften nach den Bestimmungen des Wahlgesezes nichts einzuwenden sei. Die 18 Listen für die kommende Preußenwahl zeigen die gleiche Zerplitterung, die sich schon bei den letzten Landtagswahlen bemerkbar gemacht hatte. Insbesondere haben auch die Vertreter der politischen Minderheit wieder einen Vorschlag eingereicht, doch

ist kaum anzunehmen, daß bei dem erhöhten Wahlkoeffizienten von 50 000 die Erlangung eines Mandats besteht. Es ist daher zweifellos, die Namen der übrigen Splittergruppen zu nennen, ehe der Landeswahlschuss entschieden hat, ob sie zugelassen werden.

## Wahlaufruf der DVP

Berlin, 11. April. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat für die preussische Landtagswahl einen Wahlaufruf erlassen, in dem es heißt: Was ist uns Preußen? Es soll sein das Fundament des Reiches und der Hort seiner Einheit, es soll sein eine Burg der Gerechtigkeit, der Sparsamkeit, der treuen Pflichterfüllung. Was ist aus diesem Preußen in sieben Jahren gemacht worden? Es wurde eine Domäne der Parteiherrschaft, sein Beamtenum ein Spielball der Parteibuchwirtschaft, seine einst geordneten Finanzen sind zertrümmert, eine uralte Maschinewirtschaft hat immer neue Steuern erfordert. Am Ende stand die Politik der Sparverordnungen, die mit rauher Hand alle Gebiete der lokalen Verwaltung, der kulturellen Einrichtungen und der Beamtenrechte angegriffen hat. Die Partidiktät gegenüber der evangelischen Bevölkerung oftmals verkehrt worden, die berechtigten Ansprüche des evangelischen Volksteiles sind immer wieder bewußt vernachlässigt worden, dem Kulturholismus ist kein Halt geboten worden, die nationale Erziehung unserer Jugend ist gefährdet. Die akkumulierten Rechte bürgerlicher Freiheit sind der Volkswirtschaft geopfert, dagegen aber sind alle Reformen unterblieben, die zu einer zweckmäßigen und sparsamen Verwaltung des Landes führen müßten. Preußen, so kann es nicht weitergehen! Kämpft mit der Deutschen Volkspartei gegen alle Demagogie, gegen Diktaturgesetze, gegen den Unfuh sozialistischer Luftschiffe, logt, das Preußen wieder zum preussischen Geiste erfüllt werde. Die Deutsche Volkspartei hält fest an dem Gedanken des Privatigentums, der Erhaltung des Mittelstandes, der Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft. Sie verteidigt die Beamtenrechte ebenso wie die sozialen Rechte der Arbeitnehmer.

Männer und Frauen! Jugend in Preußen! Die Stunde der Entscheidung rückt näher. Gegen den Sozialismus, in welchem Gewande er auch erscheint, für ein anderes und besseres Preußen, für ein besseres Deutschland! Wählt Deutsche Volkspartei, Liste 6!

## Der Memellandkonflikt kommt vor den hanger Gerichtshof

Haag, 11. April. Die Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan haben heute durch Vermittlung ihrer hiesigen Gesandtschaften den Memellandkonflikt beim Ständigen Internationalen Gerichtshof anhängig gemacht. Sie haben dies in Form einer gegen die litauische Regierung gerichteten Klage getan, die sich auf Artikel 17 der zwischen den genannten fünf Regierungen vom 8. Mai 1924 in Paris abgeschlossenen Memellandkonvention bezieht. — In ihrer Klageschrift führen eingangs erwähnte vier Regierungen die Absetzung des Präsidenten des Memellanddirektoriums, Böttcher, die Ernennung eines von Simaitis präsierten neuen Direktoriums, sowie die Auflösung des Memellandtages an. Diese Taten, so wird betont, stellen Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Frage dar, ob sie in Übereinstimmung mit dem der Memellandkonvention angefügten Statut des Memellandes seien. Da diese Meinungsverschiedenheiten weder durch Intervention des Völkerverbundes noch durch Verhandlungen zwischen den genannten fünf Mächten beigelegt werden konnten, beantragen die vier eingangs genannten Mächte, daß der Gerichtshof sich zu sechs Fragen aussprechen soll, die von den vier Mächten mit Bezug auf die oben angeführten Vorgänge formuliert worden sind.

## 25 Kandidatenlisten im Memelland

Romo, 11. April. Für die Wahl zum memelländischen Landtag sind 25 Kandidatenlisten mit rund 400 Kandidaten vorgelegt.